

COVID19 als ästhetisch-politische Ordnung

Ein Essay von Rektor Johan Frederik Hartle

Die gegenwärtige Krise mitsamt ihrer Verhaltensregeln ist ein interessantes ästhetisch-politisches Phänomen – Grund genug, um aus Perspektive der Künste und Ihrer Institutionen über sie nachzudenken. ‚Ästhetisch‘ darf hier allerdings nicht missverstanden werden: Kaum etwas an der COVID19 Krise ist schön, erbaulich oder erfreulich. Für zahllose Menschen ist diese Krise ökonomisch oder gesundheitlich bedrohlich. Vielen hat der Virus bereits das Leben gekostet. Nicht nur das Nachbarland Italien wird Jahre brauchen, um sich von den Verlusten zu erholen. Wie viel Trauerarbeit bedarf es für den Einzelnen, um über den Verlust einer nahestehenden Person hinweg zu kommen? Wie viel kulturelle Trauerarbeit ist für eine Nation erforderlich, die tausende Opfer zu beklagen hat?

Fernab vom Wahren, Guten und Schönen, berührt die Pandemie mit all ihren Nebeneffekten eine Vielzahl von Themen und Fragen, die sich mit der Sphäre der Künste überschneiden: Fragen der Wahrnehmung, der räumlichen Gestaltung sozialer Interaktion, der Reflexion von Lebensformen etc. Etymologisch geht Ästhetik auf den Begriff der Wahrnehmung (*aisthesis*) zurück und historisch hat sie sich immer mehr mit der Gestaltung von Lebensformen verschränkt. In genau diesen Hinsichten überlappen sich Ästhetik und Politik. Das macht das Reflexionspotential der Künste in Krisenzeiten interessant.

Vordergründig ist die Situation von COVID19 eine „anästhetische“, eine Situation jenseits der Wahrnehmung. Der Virus ist unsichtbar und auch seine Träger_innen lassen sich mit dem bloßen Auge nicht identifizieren. Das erzeugt eine Situation universellen Verdachts, deren eigentlicher, versteckter Sinn sich unterhalb der sichtbaren Oberfläche bewegt. Jede Person im Supermarkt, ob an der Kasse oder Einkaufende, könnte zum (Über-)Träger des gefährlichen Virus werden, er könnte sich auf jeder Türklinke verstecken. Damit gibt es keine profanen Güter und Situationen mehr und das alltägliche Leben wird umfassend hermeneutisch. Solche erweiterten Techniken der Interpretation liegen den Künsten nicht fern. Seit Marcel Duchamps Readymades ist ein Flaschentrockner nicht mehr nur ein Flaschentrockner, sondern Träger einer potentiell *viralen* Bedeutungssuggestion. Das weiß zu Zeiten von COVID19 jedes Kind.

Neben dieser Ästhetik des Unsichtbaren verbindet sich die Corona-Krise auf den Bildschirmen mit der wissenschaftlich-technischen Ästhetik der Statistiken, der Redehaltung der Expert_innen, mit mikroskopischer Wahrnehmung. Vieles dreht sich hier um Bilder, um Techniken ihrer Erzeugung, um die Suggestion von Sinn und Interpretierbarkeit. Was sich in den letzten Jahrzehnten als so genannte Bildwissenschaft formiert hat, hat uns umfassend darauf vorbereitet: Bilder der universalen Medienkultur sind vielleicht nicht immer auch schon Kunst, allerdings sind sie besser zu verstehen, wenn man das Verstehen von Bildern zuvor schon

einmal an der Kunst gelernt hat. Die Künste bereiten uns darauf vor, die soziale Konstruktion von Bedeutung mitzudenken, wenn uns Bedeutungen, Statistiken und Resultate präsentiert werden. Quellenkritik im Medienschwungel heißt heute vor allem Bildkritik. Gut, wenn man weiß, wie man Bilder erzeugt.

Das gilt in besonderem Maße, da wir über ein sperriges Phänomen, ein Unsichtbares verhandeln. COVID19 ist noch lange nicht unter Kontrolle. Wir wissen nicht, mit wem wir es zu tun haben. Er konfrontiert die auf Wachstum, Fortschritt und damit auf Allmachtsfantasien gebaute spätkapitalistische Zivilisation wie aus dem Nichts mit Endlichkeit, Vulnerabilität. Die Krisen des globalisierten Kapitalismus, der sich wie ein unendliches Spiegelkabinett, nach Marx und Engels „eine Welt nach seinem Bilde geschaffen hat“, haben mit Regelmäßigkeit diese Form der Unsichtbarkeit erzeugt.

Die zunehmende Einheitlichkeit der Welt, die sich in der globalen Bedrohung durch die Pandemie fortschreibt, sieht sich zunehmend mit unsichtbaren Gegnern konfrontiert. Häufig wurde die Corona-Krise mit einer Kriegssituation verglichen. In der Tat ist der so genannte Krieg mit dem Virus ein asymmetrischer Krieg, ganz wie jene jüngeren Kriege, die von den transatlantischen Bündnispartnern im mittleren Osten geführt wurden, in urbanen Labyrinthen mit unsichtbaren Gegnern. Er wird mit einem gut getarnten Gegner geführt, der einen zivilen Anschein hat. Vor diesem Hintergrund ist die von der Miliz geschaltete Werbung („Jetzt hilft die Miliz“), die nun zum Kampf gegen Corona mobilisiert wird, ebenso symptomatisch wie komisch: die zwei Milizionäre marschieren in Uniform und Maschinengewehren gegen einen unsichtbaren Gegner auf. Man kann ihnen nur Glück wünschen.

Bilder von Tod und Siechtum haben ihre eigenen kunsthistorischen Konjunkturen. Höllendarstellungen haben seit dem Mittelalter auch die Erfahrung physischer Leiden ins Bild gesetzt: Seuchen und Krankheiten. Matthias Grünewalds *Isenheimer Altar* arbeitet sich an der Mutterkornvergiftung des Antoniter-Ordens ab. Michelangelos *Jüngstes Gericht* zeigt einen Pest-Engel, der giftige Pfeile abschießt. Im Barock haben Pestsäulen ein eigenes Genre eröffnet, um die schleichende Bedrohung im Monument zu bannen. In den 1980er Jahren nimmt die Kunstgeschichte der Krankheit eine besonders interessante ästhetisch-politische Wendung, weil sich die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für die HIV-Infektion mit einer Politik der Minderheiten verbindet, mit der Anerkennung sexueller Identitäten jenseits des Narrativs der bürgerlichen Kleinfamilie. Unterstützt durch Schriften des amerikanischen Kunsthistorikers Douglas Crimp pointieren Künstler_innen und Kurator_innen wie Nan Goldin AIDS als eine solche ästhetisch-politische Situation. Die Frage nach Krankheit und Gesundheit, die Frage nach den Prioritäten der Gesundheitspolitik ist, das macht die AIDS-Debatte deutlich, eine Frage nach der Legitimität von Lebensformen. Diese Frage entzündete sich am (Un-)Vermögen genau hinzuschauen und die Existenz abweichender Lebensformen schlichtweg zur Kenntnis zu nehmen – eine Wahrnehmungsfrage.

In der Corona-Krise findet die grün-konservative Regierung ihre erste große Herausforderung. An ihr wird sich auch bemessen, worin die Nuancen der chromatischen Verschiebung von türkis-blau zu türkis-grün bestehen. Das gemeinsame Programm der Koalitionspartner_innen wurde mit dem Slogan „Klima und Grenzen schützen“ auf den Begriff gebracht. Der gegenwärtige Ausnahmezustand betont, während er im Inneren die Solidarität der

Österreicher_innen über Generationengrenzen hinweg beschwört, die Notwendigkeit der Außengrenzen. Damit nimmt er auch eine Gewichtung zwischen schützenswertem und weniger schützenswertem Leben vor. Die Situation an der türkisch-griechischen Grenze bedeutet für Tausende sanitäre Zustände, die Seuchen und Massenerkrankungen vorhersagbar machen. Zugleich wird die Wahrung von Hygienevorschriften im Inneren zu einer polizeilichen Angelegenheit. Während die äußere Grenze auf Kosten der Gesundheit Tausender verteidigt wird, werden zugunsten der Gesundheit im Inneren neue Grenzen markiert.

Diese inneren Grenzen errichten ein umfassendes System der Disziplinierung. Der französische Philosoph Michel Foucault skizzierte die moderne aufgeklärte Gesellschaft als ein riesiges Gefängnisssystem, dessen Ordnung auf der Anordnung der isolierten Individuen beruhte. Disziplin wurde als das Vermögen beschrieben, sich in kleinen, getrennten aber gleichförmigen Zellen einzurichten, im guten Glauben durch Selbstdisziplinierung drohende Strafen zu unterlaufen. Foucault zufolge beruhte die Moderne mitsamt ihrer liberalen Ideen von Individualität und Eigenverantwortung auf dieser Struktur der gleichförmigen Vereinzelung. Noch nie ist die moderne Gesellschaft diesem Modell so nahe gekommen. Die Corona-Maßnahmen sind ein riesiges gesellschaftliches Experiment, in dem es, insbesondere mit Blick auf Außen- und Innengrenzen, um nichts weniger als um Fragen legitimer und illegitimer Lebensformen geht.

Foucaults diabolisches Porträt der modernen Gesellschaft war auch eine Kritik des Liberalismus. Die aktuellen Maßnahmenpakete der westlichen Demokratien legen ihrerseits interessante Widersprüche des zeitgenössischen Liberalismus offen. Auf interessante Weise unterscheiden sich die Regierungen der dominanten Ökonomien im Umgang mit COVID19 *stilistisch*. In Großbritannien und den USA, deren Regierungen sich erst ausgesprochen spät für starke Eingriffen in die öffentliche Ordnung entschieden haben, tritt im Augenblick der Krise ein sozialdarwinistischer Kern zutage – im internationalen Vergleich handeln die angelsächsischen Regierungen zurückhaltend und scheinen auf ein altes calvinistisches Prinzip zu setzen („Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott.“). Die soziale Selektion, die der Virus auf diese Weise implementiert, scheint billigend in Kauf genommen zu werden. Denn wer verfügt nun über Raumressourcen, um sich sozial zu isolieren und schützen zu können? Wer hat Zugang zu lokalen medizinischen Ressourcen? Wessen Überleben ist wahrscheinlich? Zumindest zur Selektion überlebensfähiger Unternehmen erschien die Corona-Krise unlängst auch Notenbankchef Robert Holzmann (am 17.3. im Standard) als eine Chance. Mittelbar waren damit auch berufliche Existenzen gemeint, also Menschen. Gott schütze Österreich.

Nach der Situation der Notverordnungen wird von Neuem zu betrachten sein, wie sich die Regierung zwischen sorgendem Staat und Austeritätspolitik positioniert. Nicht zuletzt aus Perspektive der Kultur gilt es hier, wachsam zu sein. Die Corona-Krise bereitet alle Argumente für eine umfassende Kürzungspolitik vor. Nach der Krise wird hart verhandelt werden. Denn die wirtschaftsliberalen Grundprinzipien der Bundesregierung stehen eigentlich nicht in Frage. Deutschland hat sich im innereuropäischen Wettbewerb nicht zuletzt dadurch profiliert, dass es mit der Austrocknung des Wohlfahrtsstaates und der Erweiterung des Billiglohnssektors – die rot-grünen Hartz IV Maßnahmen – harte Marktvorteile gesichert und Arbeit auf

niedrigem Niveau verwertbar gemacht hat. Die Corona-Krise kann sich schnell zum Motor einer sozialen Abwärtsspirale entwickeln.

Dennoch hat Türkis-Grün zunächst einen anderen Stil gewählt. Österreichs Regierung hat sich als vorbildlich in der raschen Implementierung von Corona-Maßnahmen profiliert und damit die starke konservative Rhetorik des souveränen, handlungsfähigen, verantwortungsvollen und sorgenden Staates bemüht. Interessanterweise und nicht ohne Widersprüche, ist der Effekt des starken konservativen Staates eine Steigerung liberaler Grundprinzipien. Das Maßnahmenpaket ist staatlich verordnete Vereinzelung. Im Effekt sind die Maßnahmen gegen den Corona-Virus daher strikt liberalkapitalistische Organisationsformen – sosehr sie dem Gedanken des Unternehmertums im Einzelnen widersprechen mögen. Der per Dekret gesteigerte Individualismus lässt uns in die Zellen des Privatlebens zurückkehren. Hier können Kulturen der Selbstsorge – Home Training, Home Learning und Schooling – florieren und hier kann individuelle Selbstoptimierung wieder großgeschrieben werden. Bei den großen Versandhäusern für Sportartikel sind die wichtigsten Geräte für Sport in den eigenen vier Wänden wie Hanteln und Gewichte demgemäß ausverkauft.

Ohnehin gilt nicht erst während der Corona-Krise, dass die bürgerliche Idylle des isolierten Privatlebens bedrohlich an die Hölle erinnern kann: Angesichts der gestiegenen Zahlen häuslicher Gewalt kann kaum ein Fernsehsender darauf verzichten, die einschlägigen Hotlines einzublenden. Vereinzelung bedeutet nicht Sicherheit, sondern auch Befreiung von kollektivem Schutz. Wenn wir im Lichte von COVID19 nach den verheißungsvollen Lebensstilen und Sinnressourcen unserer Gesellschaft fragen, stehen die gesellschaftlichen Einrichtungen, die Formen öffentlichen und gemeinschaftlichen Lebens, die jetzt fehlen, im Zentrum.

Dies gilt umso mehr, da die Einheitlichkeit, mit der Maßnahmen über ganz Österreich verhängt werden, nicht alle und jeden auf gleich Weise berühren. Ein Zweitwohnsitz im Grünen, eine gute digitale Grundausstattung, ein gehobener Bildungshintergrund und solide Deutschkenntnisse machen den partiellen Wegfall öffentlicher Infrastruktur leichter erträglich. Werden diejenigen Volksschüler_innen, deren Eltern keine Lehrer_in ersetzen konnten, das Schuljahr wiederholen müssen? Der Corona-Virus wirft uns nicht auf gleiche Voraussetzungen zurück. Wer kann den Verlust an gesellschaftlichen Kapazitäten (an Begegnung, Spielplätzen, Parks, Kultur) im Privaten kompensieren? Wer verfügt in diesen Zeiten über privates Grün, Bewegungsfreiheit, Bildungsressourcen? Wer kommt weiter? Wer fällt zurück? Es wird zu beobachten sein, wie sich durch die vorgeblich egalitäre Struktur der Vereinzelung Formen sozialer Selektion und sozialer Spaltung verhärten.

Klarerweise ist soziale Spaltung ohne Migrationsbewegungen und ohne das globale Reichtumsgefälle nicht zu denken. Grundsätzlich scheint COVID19, zumindest in der dominanten Berichterstattung und den kursierenden Statistiken, ein Phänomen des globalen Nordens zu sein. Das mag, angesichts der gesteigerten Mobilität von Menschen und Kapital auf der nördlichen Halbkugel der Erde, teilweise zutreffen. Es mag aber auch die Gewichtung von Lebenschancen und Überlebensrisiken in der globalen Aufmerksamkeitsökonomie zum Ausdruck bringen. Die Versorgungslage in den dicht besiedelten Staaten Südasiens und Zentralafrika lässt die Destruktionskraft des Virus nur erahnen. Historisch hatten Epidemien immer auch eine koloniale

Signatur. Wie die Cherokee-Aktivistin Rebecca Nagle in Reaktion auf das Einreiseverbot schrieb, mit der Donald Trump die Ausbreitung von COVID19 in den USA verhindern wollte: „Ich unterstütze das Einreiseverbot aus Europa, um die Ausbreitung ansteckender Krankheiten zu verhindern, vollständig. Ich finde nur, dass es 528 Jahre zu spät kommt.“ Die Vernichtung der indigenen Kulturen Lateinamerikas wurde durch Krankheiten unterstützt, die mit der Kolonisierung eingeschleppt wurden. Wenn COVID19 eine globale Pandemie sein wird, dann wird er manche Länder mit besonderer Wucht treffen.

Wiewohl COVID19 eine Verhärtung und Verstärkung bestehender Strukturen gerade in der Krise bedeutet, hat die Krise gerade einen immensen didaktischen Wert. Das gilt besonders aufgrund der ihr immanenten Struktur der Vereinzelung. Für die Künste, die Wissenschaften und ihre Institutionen ist die Verpflichtung zum Distance Learning und die Umstellung des gesamten Lehrbetriebs über Nacht denkbar folgenreich. COVID19 hat umfassende Lerneffekte hervorgebracht – nicht so sehr und nicht primär auf der Ebene der zu vermittelnden Inhalte, aber als Anpassung an die zur Verfügung stehenden digitalen Formate. Hätte die digitale Kultur jemals einer Rechtfertigung bedurft, die verordnete Vereinzelung des Corona-Maßnahmenpakets wäre dafür ein perfektes Modell.

Das impliziert, dass es zwischen den Kommunikationsmedien der digitalen Kultur und der Kultur der Vereinzelung eine strukturelle Beziehung gibt. Guy Debord formulierte 1967 in seiner *Gesellschaft des Spektakels*: „Das auf die Vereinzelung gegründete Wirtschaftssystem ist eine zirkuläre Produktion der Vereinzelung. Die Vereinzelung begründet die Technik und der technische Prozess vereinzelt rückwirkend.“ Im Anschluss an die zitierte Passage dienen vor allem Auto und Fernseher als Beispiele, kulturelle Güter, die die sozialen Individuen auf einen privaten Erfahrungsbereich zurückwerfen, auf isolierte Erfahrungs- und Bewegungszellen. Die dominante Kultur erschien Debord vor diesem Hintergrund als eine „materialisierte Trennung“, weil ihre zentralen Güter Verhaltensweisen kanonisieren, in denen sich die soziale Struktur wiederholt. Mehr noch als das Auto und den Fernseher beschreiben Debords Worte die digitale Kultur. Sie beruht auf individueller Kommunikation in isolierten Teilräumen, die nachträglich in Bild und Ton zusammengefügt werden. Die durch die Corona-Krise vorangetriebene technologische Disziplinierung ist insofern nicht frei von Abgründen: Digitalisierungs- und Vereinzelungsschub greifen ineinander. In dieser Situation fehlen Gestalter_innen und Künstler_innen leider die Mittel, um Technologien zu entwerfen, die andere soziale und kulturelle Konstellationen hervorbringen könnten.

Doch auch diese Tendenz zur Beschleunigung ist nicht ohne Widersprüche. Das türkis-grüne Maßnahmenpaket, die innere Grenzsicherung erzeugt auch Zeit. Walter Benjamin war fasziniert von dem Gedanken, dass französische Revolutionäre auf Turmuhren schossen, um ihren eigenen Aufstand gegen die Zeit, gegen die alte (Zeit-)Ordnung zu positionieren. Es eröffnen sich Zeitressourcen und beinahe steht, zumindest für viele, die Zeit still. Weil zentrale Prozesse außer Kraft gesetzt sind, lässt sich dann auch mit Abstand auf sie schauen. „Vieles“, so die öko-konservative Quintessenz im Alltagsgespräch, „geht auch mit Wenigem“. „Besinnen wir uns aufs Wesentliche!“

Wer auch immer wissen mag, was das Wesentliche sei, es lassen sich Fragen stellen und Perspektiven gewinnen. So sehr dieser erzwungene Stillstand auch zahllose Menschen in ihrer ökonomischen Existenz bedroht, so sehr eröffnet er doch das Bild einer Ökonomie, die vom unendlichen Wachstumszwang befreit wäre. De-Growth ist in der Tat das Stichwort einer ökopolitischen Bewegung, die die ökologische Frage mit den Imperativen des Wirtschaftssystems konfrontiert. Zugespitzt: Was wäre eine Gesellschaft, in der die Konsummeilen geschlossen wären und die Menschen sich nicht mehr durch atemberaubende Berichte von Weltreisen überbieten müssten? Auf der Mariahilferstraße ist derzeit kaum Leben und die Urlaubsflieger bleiben, wo sie sind. Kreuzfahrtschiffe fahren, nachdem manche von ihnen in Quarantäne lagen, eigentlich nur noch nach Hause. Von Venedig heißt es deswegen, die Kanäle wären wieder klar und man könne bis auf den Boden sehen. Angeblich kehren sogar die Delfine in die Lagune zurück.

Bekanntlich artikuliert sich die klimapolitische Debatte unter anderem als Generationenkonflikt. Und genau wie Fridays for Future fordert das Maßnahmenpaket der Bundesregierung eine Solidarität zwischen den Generationen ein. Türkis-Grün hat insbesondere sozial aktiven jungen Menschen viel auferlegt. Damit ist ein Narrativ eröffnet, dass sich in mehrere Richtungen drehen lässt. Anders formuliert: *Okay Boomer*, jetzt bist Du dran.

In all diesen Hinsichten ist die Corona-Krise auch eine Maschine der gesellschaftlichen Imagination. Aber soziale Utopien sind nicht immer ein Segen. Ökofaschistische, neodarwinistische Fantasien von einer umfassenden Marktberreinigung – dass die Natur sich zurückhole, was man ihr angetan habe – und fremdenfeindliche Erklärungsmuster (von der „chinesischen“ oder „italienischen“ Krankheit) erträumen implizit einen purifizierten „Volkskörper“. Träumen alleine wird deswegen nicht reichen, um am Ende gesellschaftlich gestärkt aus COVID19 hervorgegangen zu sein. Es wird vielmehr darum gehen, Ressourcen wahrnehmen zu lernen, zwischen Perspektiven zu differenzieren, mit ihnen zu experimentieren.

All das gehört zur Praxis der Künste. Deswegen sind sie keine kompensativen Sinnquellen, die uns beschaulich über die „schwierigen Zeiten“ hinwegtragen. Viel mehr eröffnen die Künste das Nachdenken über ästhetisch-politische Ordnungen, so wie COVID19 eine ist. Sie greifen in diese Ordnungen ein, um uns auf Ebenen handlungsfähig zu machen, die von der politischen Ausdrucksweise und der administrativen Rhetorik normalerweise verdeckt werden.

Wenn es also um die Verschiebung von Parametern der Wahrnehmung oder die Reflexion von Lebensformen geht, dann haben die Künste ein Wort mitzureden. Wie es der Kulturhistoriker Egon Friedell formulierte, Kultur ist ein Reichtum an Problemen. Die Kunstakademien schlafen in diesen Wochen nicht.